

1

## **Freiheit leben. Sicherheit fühlen.**

### **2 Sicherheit braucht Freiheit!**

3 Sicherheit zu gewährleisten ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Ohne Sicherheit gibt es  
4 keine Freiheit für den Einzelnen und kein positives Lebensgefühl in Thüringen.

5 Erfolgreiche Sicherheitspolitik und individuelle Freiheitsentfaltung schließen sich nicht aus,  
6 sondern ergänzen sich wechselseitig. Ein funktionierender Staat braucht, wie eine intakte  
7 Gesellschaft, beides. Sicherheit ist dabei die Voraussetzung für Freiheit. Gleichzeitig darf  
8 die Freiheit des Einzelnen nur so stark eingeschränkt werden, dass die Sicherheit der Ge-  
9 meinschaft gewahrt bleibt. Das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit ist ein  
10 zentraler Maßstab staatlichen Handelns und für die Junge Union Thüringen Richtungskom-  
11 pass im Wettbewerb um geeignete Sicherheitskonzepte.

12 Um das hohe Maß subjektiver Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger objektiv  
13 erfüllen zu können, sind eine moderne Polizeistruktur, gute Ausrüstungsbedingungen und  
14 ausreichend Personal für unsere Einsatzkräfte unabdingbare Voraussetzungen.

15

### **16 Arbeit der Leistungsträger staatlicher Sicherheitsbehörden würdigen und schüt- 17 zen!**

18 Unsere Polizisten und die Mitarbeiter der anderen Sicherheitsbehörden leisten tagtäglich  
19 mit großem persönlichem Einsatz ihren Beitrag, um unsere Demokratie, unseren Rechts-  
20 staat und unsere Sicherheit zu schützen. Wir stehen deshalb seit jeher an der Seite der Poli-  
21 zisten und anderer Sicherheitsbehörden, die sich täglich mit großem Engagement für unsere  
22 Gesellschaft einsetzen. Ihre verantwortungsvolle Arbeit verdient unseren hohen Respekt.  
23 Wir sind ihnen dankbar und werden ihre Arbeit auch weiterhin politisch, rechtlich nach-  
24 drücklich unterstützen und sie gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz nehmen.

25

26 Die JU Thüringen betrachtet mit Sorge die zunehmenden tätlichen Angriffe auf Einsatz-  
27 kräfte im Dienst, Behördenmitarbeiter oder freiwillige Helfer. Im Jahr 2015 wurden insbe-

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



28 sondere 346 Polizeibeamte im Dienst verletzt. Besonders bei Großeinsätzen zu Fußballspie-  
29 len oder Demonstrationen kommt es regelmäßig zu Zwischenfällen. Der Einfluss von Alko-  
30 hol bei derartigen Veranstaltungen senkt die Hemmschwelle für Angriffe.

31 Für uns ist jeder Angriff auf Repräsentanten des Staates – aus welchen Gründen auch immer  
32 – inakzeptabel und stellt gleichzeitig einen Angriff auf den Rechtsstaat dar.

33

34     ▪ Wir setzen uns für die Schaffung eines neuen Straftatbestandes ein, der tätliche An-  
35 griffe auf Polizeibeamte, zivile Einsatzkräfte sowie auf Soldaten als besonderes Un-  
36 recht qualifizieren soll. Wir unterstützen daher die Bundesratsinitiativen aus Hessen  
37 und dem Saarland als richtigen Ansatz, da sie ein deutliches Signal an Polizeibeamte  
38 und andere Hilfskräfte im Einsatz aussenden, auf deren unschätzbar wertvolle Arbeit  
39 der Rechtsstaat nicht verzichten kann. Künftig sollte ein strafrechtlich präventiverer  
40 Schutz vor Übergriffen auch die Dienstausbildung und nicht wie bisher nur an eine  
41 bestimmte Vollstreckungshandlung geknüpft werden. Auf potentielle Täter muss  
42 mit einer verschärften Strafandrohung reagiert werden. Für die JU Thüringen ist  
43 nicht nachvollziehbar, warum sich die Landesregierung nicht schützend vor Thürin-  
44 ger Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte stellt und die genannten Initiativen wie-  
45 derholt ablehnte. Dies ist ein Schlag in das Gesicht der Thüringer Polizeibeamten und  
46 ebenso im Einsatz gefährdeter Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes,  
47 der Rettungsdienste und von Soldaten.

48     ▪ Neben einer sinnvollen Strafverschärfung setzen wir uns für eine bundesweite Sen-  
49 sibilisierungskampagne und bessere Opferschutzmaßnahmen für uniformierte Ein-  
50 satzkräfte ein. Es muss gewährleistet sein, dass Gewaltdelikte gegen Einsatzkräfte  
51 vor Gericht verhandelt und ausgeurteilt werden. Nur so erfahren die Opfer Wert-  
52 schätzung und die Täter Konsequenzen. Viel zu häufig werden entsprechende Er-  
53 mittlungsverfahren – ohne eine gerichtliche Verhandlung – eingestellt.

54     ▪ Die JU Thüringen setzt sich für eine zügige Anschaffung von schusssicheren Westen,  
55 besseren Schutzhelmen, gepanzerten Fahrzeugen und automatischen Handfeuer-  
56 waffen für die Bereitschaftspolizei ein. Nach Medienberichten ist die Ausstattung  
57 der Thüringer Bereitschaftspolizei nicht ausreichend vorhanden, besonders im Be-  
58 reich von Terroranschlägen, bei denen auch schwere Kriegswaffen eingesetzt wer-

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



59 den können, gilt die Ausrüstung als mangelhaft. Die Ankündigung des Innenminis-  
60 ters, bis 2017 bessere Schutzausrüstung für die Polizei anschaffen zu wollen, wird  
61 der angespannten Sicherheitslage und dem Schutzbedürfnis von Polizeibeamten  
62 nicht gerecht.

63 ■ Zur abschreckenden Wirkung von gewalttätigen Übergriffen auf Polizeibeamte, zur  
64 Beweissicherung und als Mittel der Deeskalation fordern wir die Einführung von kör-  
65 pernahen Minikameras (Body-Cams) nach den positiven Erfahrungen des Pilotpro-  
66 jekts in Hessen. Der Einsatz mobiler Videoüberwachung ergab eine signifikante Ab-  
67 nahme der Übergriffzahlen auf Polizeibeamte. Auch die Bundespolizei setzt ver-  
68 stärkt auf den Einsatz von Body-Cams an Brennpunkten in Großstädten wie Bahnhö-  
69 fen oder öffentlichen Plätzen. Die Landesregierung muss die gesetzlichen Rahmen-  
70 bedingungen hinsichtlich Speicherdauer und Datenverarbeitung schaffen.

71 ■ Das Gewaltmonopol des Staates ist auch eine Pflicht zur Verantwortung. In einem  
72 Rechtsstaat bedeutet Verantwortung immer auch Rechenschaft. Polizeiarbeit muss  
73 Vertrauen schaffen und kontrollierbar sein. Dafür braucht es eine klare Verantwor-  
74 tlichkeit, die auch nachvollzogen werden kann. Daher fordern wir eine klare Identifi-  
75 zierbarkeit von allen in Uniform tätigen Polizeibeamten durch individuelle aber ano-  
76 nymisierte Nummern. So ist die Sicherheit der Beamten gewährleistet und gleichzei-  
77 tig der speziellen Verantwortung durch das Gewaltmonopol Rechnung getragen. Die  
78 Erfahrung mehrerer Bundesländer und vieler Europäischer Partner zeigen, dass eine  
79 solche Kennzeichnung ein Gewinn für das Vertrauen in die polizeiliche Arbeit dar-  
80 stellt.

81

82 **Polizei nicht ausbluten lassen.**

83 **Einstellungszahlen erhöhen, Einsatzfähigkeit erhalten!**

84 Die Union konnte mit der Polizeistrukturereform der letzten Legislaturperiode ein wesentli-  
85 ches Regierungsvorhaben umsetzen und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger  
86 steigern. Wir brauchen eine Polizei, die als direkter Ansprechpartner auf der Straße für die  
87 Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht. Deshalb fordern wir, die Präsenz vor Ort wei-  
88 ter zu stärken. Die bedarfsgerechte Einstellung gut qualifizierter junger Polizeibeamter ist

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



89 hierbei ein wichtiger Schlüssel. Der positiven Leistungsbilanz der Thüringer Sicherheits-  
90 kräfte stehen allerdings weniger einsatzfähige Beamte und ein relativ hoher Krankenstand  
91 entgegen.

92

93       ▪ Die Kapazitäten für die Ausbildung von Polizeianwärtern sind auszubauen, um die  
94 Personalstärke bei der Polizei dauerhaft zu verbessern. Hierfür sind die bestehenden  
95 Ausbildungskapazitäten vollständig auszuschöpfen und die Kapazitäten der aktuel-  
96 len Bedrohungslage anzupassen.

97       ▪ Die Nachwuchsgewinnung bei der Polizei muss ausgebaut und der Polizeidienst jun-  
98 gen Menschen durch das Setzen von Anreizen attraktiv gemacht werden.

99       ▪ Ein besonderes Augenmerk muss auf der Verbesserung der Aus- und Fortbildung der  
100 Einsatzkräfte liegen. Sowohl Einsatztraining als auch Ausstattung müssen ständig  
101 evaluiert und den Erfordernissen der dynamischen Lageentwicklung angepasst wer-  
102 den.

103       ▪ Die von der Landesregierung beschlossene Absenkung der Beförderungsquote auf  
104 demotivierende 5 Prozent ist beschämend und muss durch eine leistungsbezogene  
105 Beförderung in Höhe von mindestens 10 Prozent pro Jahr ersetzt werden. Angesichts  
106 der angespannten Sicherheitslage, in der unsere Polizei einen wichtigen Beitrag zur  
107 Bewältigung der Flüchtlingsproblematik und dem Absichern von Demonstrationen  
108 leistet, muss deren Einsatz auch durch Beförderungen hinreichend gewürdigt wer-  
109 den.

110       ▪ Die Thüringer Erschwerniszulagenverordnung für Polizeibeamte muss sowohl für die  
111 Bereitschaftspolizei als auch die Einsatzunterstützungen einen angemesseneren  
112 Ausgleich durch höhere Erschwerniszulagen für geleistete Arbeit bieten.

113       ▪ Angesichts des Krankenstands fordert die JU Thüringen ein nachhaltiges Gesund-  
114 heitsmanagement sowie Wiedereingliederungsmaßnahmen für eingeschränkt  
115 dienstfähige Beamte.

116       ▪ Um die Einsatzfähigkeit zu optimieren, soll die Polizei von Aufgaben, die auch durch  
117 private Leistungserbringer ebenso zuverlässig erfüllt werden können, wie die Beglei-  
118 tung von Gefahren- oder Schwerlasttransporten, entlastet werden. Das Bundesmi-  
119 nisterium für Verkehr und Infrastruktur soll endlich die Forderungen der Innenminis-  
120 terkonferenz umsetzen!

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 121       ▪ Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, die Einführung einer  
122 unbewaffneten Wachpolizei, ähnlich wie in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt,  
123 Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland zu prüfen. Es ist uns  
124 bewusst, dass eine Wachpolizei die anspruchsvollen Aufgaben verbeamteter Polizei-  
125 vollzugsbediensteter nicht im vollen Umfang übernehmen kann. Es ist allerdings aus  
126 unserer Sicht vorstellbar, den notwendigen und zu erwartenden personellen Auf-  
127 wuchs der Thüringer Polizei durch Einsatz von angestellten Wachpolizisten zu flan-  
128 kieren und durch die verkürzte Ausbildung die Dauer des Vorbereitungsdienstes der  
129 neu eingestellten Polizeivollzugsbeamten zu überbrücken. So kann die Wachpolizei  
130 zumindest vorübergehend ein Instrument darstellen, auf der personellen Ebene den  
131 Mitarbeitermangel bei der Thüringer Polizei zu beheben. Für die in der Wachpolizei  
132 angestellten Mitarbeiter ist zwingend eine Perspektive zur Übernahme in den mitt-  
133 leren Polizeivollzugsdienst mit verkürzter Ausbildung zu schaffen, so dass der Dienst  
134 in der Wachpolizei auch attraktiv ist. Die Aufgaben der angestellten Mitarbeiter soll-  
135 ten sich im Schwerpunkt in der Ergänzung des Kontaktbereichsdienstes, im Wach-  
136 und Sicherheitsdienst sowie im verkehrspolizeilichen Dienst bewegen. Darüber hin-  
137 aus ist eine „Ordnungspartnerschaft“ mit den kommunalen Ordnungsbehörden an-  
138 zustreben. Die Wachpolizei darf auf Dauer kein Mittel sein, Einsparungen bei verbe-  
139 amteteten Polizeivollzugsbediensteten zu erreichen.

140

### 141 **Entschlossene Extremismus- und Terrorismusbekämpfung sowie Prävention!**

142 Als globale Herausforderung bedarf der Kampf gegen Extremismus und Terrorismus einer  
143 weltweit koordinierten Antwort durch die Staatengemeinschaft. Die Bundesregierung un-  
144 terstützt die Entwicklung wirksamer operativer Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung  
145 auf internationaler Ebene und hat in Deutschland seit der Bundestagswahl 2013 notwendige  
146 Reformen im Bereich der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden unternommen. Beson-  
147 ders nach der aufgedeckten NSU-Verbrechensserie wurden den offenkundigen Versäumnis-  
148 sen von mangelnder Kooperation, ausgebliebenen Informationsübermittlungen sowie der  
149 notwendigen Abstimmung von operativen Maßnahmen entgegengewirkt.

150 Ebenso setzten die im Jahr 2013 enthüllten Ausspähungsaktivitäten US-amerikanischer Si-  
151 cherheitsdienste Reformdiskussionen um den Bundesnachrichtendienst, der für die Aus-  
152 landsaufklärung zuständig ist, in Gang. Die Bundesregierung will als Konsequenz aus den

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



153 NSA-Enthüllungen und den Versäumnissen des BND eine Reform des BND-Gesetzes bis  
154 zum Herbst 2016 vorlegen und die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des  
155 Bundes im Allgemeinen quantitativ und qualitativ verbessern.

156

157 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland liegt in der Verantwortung von  
158 Bund und Ländern gleichermaßen. Auch die Regierungskoalition aus CDU und SPD in Thü-  
159 ringen wurde ihrer Verantwortung gerecht und leitete einen umfassenden Reformprozess  
160 beim Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, der Thüringer Landespolizei sowie den  
161 Thüringer Staatsanwaltschaften und Gerichten ein. Die JU Thüringen sieht jedoch eine kon-  
162 sequente Weiterentwicklung dieses Reformprozesses durch die ideologischen Sicherheits-  
163 experimente von Rot-Rot-Grün erheblich gefährdet. Verlässlichkeit und Stabilität sind in  
164 Zeiten zunehmend kritischer Fragen nach dem Zustand der Inneren Sicherheit Deutsch-  
165 lands durch Bürgerinnen und Bürger sowie der neuen Qualität von Terrorismus in Europa  
166 gefragt. Mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger spielt man nicht!

167

168     ▪ Die JU Thüringen bekennt sich ausdrücklich zur notwendigen Arbeit der Verfas-  
169 sungs-schutzbehörden und lehnt Schnellschüsse von Linken und Grünen zu deren Ab-  
170 schaffung ab. Ebenfalls erteilen wir dem weltfremden und ideologiegetriebenen Vor-  
171 schlag von Linken und Grünen zur Errichtung einer Informations- und Dokumentati-  
172 onsstelle für Menschenrechte zur ausschließlichen Beobachtung von Rechtsextre-  
173 mismus eine klare Absage. Diese wäre eine überflüssige und teure Doppelstruktur  
174 zu bereits bestehenden Strukturen (Landesamt für Verfassungsschutz und Landes-  
175 zentrale für politische Bildung). Die JU steht für einen Verfassungsschutz, der weder  
176 auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind ist und jegliche Formen extremisti-  
177 scher und terroristischer Bestrebungen ohne politische Vorgaben beobachtet. Statt  
178 politischer Gängelung des Landesamtes durch links muss der Verfassungsschutz mit  
179 zusätzlichem Personal und technischen Hilfsmitteln auf die angespannte Sicher-  
180 heitslage reagieren.

181     ▪ Wir fordern Rot-Rot-Grün zum notwendigen Einsatz von V-Leuten in allen Phäno-  
182 menbereichen zur Beobachtung der extremistischen Szene auf. Der weitest gehende  
183 Verzicht auf V-Leute schränkt die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes massiv  
184 ein und hat zu einem enormen Erkenntnisverlust aus extremistischen Strukturen, die

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 185 im Verborgenen agieren, geführt. Dieser Wissensverlust kann auch nicht durch sze-  
186 nekundige Beamte bzw. verdeckte Ermittler der Polizei oder technische Überwa-  
187 chungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Extremisten, die allein konspirativ und  
188 ohne informationstechnische Kommunikationsmittel agieren, dürfen sich nicht si-  
189 cherer fühlen, sondern müssen den gleichen Verfolgungsdruck spüren. Sicherheits-  
190 politische Experimente auf Kosten der Inneren Sicherheit im Freistaat lehnen wir da-  
191 her entschieden ab!
- 192 ■ Für den Einsatz von menschlichen Quellen im extremistischen-terroristischen Milieu  
193 sollte das Landesverfassungsschutzgesetz um die im Jahr 2015 geänderten Vorgaben  
194 des Bundesgesetzes harmonisiert und erweitert werden.
  - 195 ■ Wir fordern eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“ nach dem Vorbild  
196 der bestehenden Antiterrordatei und Rechtsextremismusdatei, in der die Sicher-  
197 heitsbehörden des Bundes und der Länder ihre Erkenntnisse zu Personen und Grup-  
198 pierungen mit Bezug zum gewaltorientierten Linksextremismus erfassen. Bisher  
199 existiert keine länderübergreifende Datenbank, in der entsprechende Informationen  
200 erfasst oder abgefragt werden können. Angesichts des im Jahr 2015 erreichten  
201 Höchststands politisch motivierter Straftaten in der linken Szene (+18,3 Prozent)  
202 einschließlich von Gewaltdelikten geht ein nicht zu unterschätzendes Bedrohungs-  
203 potenzial von diesem Personenkreis aus. Polizei und Nachrichtendienste müssen  
204 ihre Erkenntnisse besonders vor Demonstrationen gemeinsam und möglichst ohne  
205 Zeitverluste abgleichen um entsprechend reagieren zu können.
  - 206 ■ Die JU Thüringen fordert die notwendige Ausstattung der Verfassungsschutzbehör-  
207 den mit der Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ bzw. Quellen-Telekommunikati-  
208 onsüberwachung (Quellen-TKÜ) zur Vorbeugung terroristischer Absichten ein. Da-  
209 bei sind die Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Ge-  
210 setz zu beachten. Die Sicherheitsbehörden müssen technisch so ausgerüstet sein,  
211 dass sie ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Dies ist besonders im di-  
212 gitalen Zeitalter erforderlich. Extremisten und Terroristen können verschlüsselte In-  
213 ternet-Dienste zur Kommunikation nutzen, weshalb wir mit der technischen Ent-  
214 wicklung Schritt halten müssen.

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 215       ▪ Die Nachrichtendienste müssen Daten von Minderjährigen unter 16 Jahren auch  
216 langfristig zur Beobachtung extremistischer Tendenzen erfassen und speichern kön-  
217 nen! Nach geltendem Bundes- und Landesrecht dürfen Daten von minderjährigen  
218 Personen nur erfasst werden, wenn tatsächlich Anhaltspunkte für eine terroristische  
219 Straftat vorliegen. Der aktuelle Fall einer radikalisierten 15-jährigen Jugendlichen,  
220 die einen Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover schwer verletzt hatte sowie  
221 der Anschlag von jungen Islamisten zwischen 16 und 17 Jahren auf einen Sikh-Tem-  
222 pel in Essen verdeutlichen die perfide Taktik von Extremisten, auch Kinder und Ju-  
223 gendliche für ihre Zwecke zu missbrauchen. Politisch oder religiös motivierte Straf-  
224 taten gehen nicht nur von Erwachsenen aus und müssen weit im Vorfeld eines be-  
225 vorstehenden Terrorakts beobachtet und aufgedeckt werden können.
- 226       ▪ Die JU Thüringen fordert eine jährliche Herausgabe des Verfassungsschutzberichts  
227 anstatt eines periodischen Zwei-Jahres-Berichtes. Die Bundes- und Landesämter für  
228 Verfassungsschutz schützen die Verfassung auf der Basis eines bewährten mit dem  
229 Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung umschriebenen Kriterienka-  
230 talogs und informieren die Öffentlichkeit entsprechend über verfassungsfeindliche  
231 Bestrebungen. Ein Zwei-Jahres-Bericht widerspricht der in allen Bundesländern gel-  
232 tenden Veröffentlichungspraxis und schränkt die Verfügbarkeit verlässlicher Infor-  
233 mationen zur Entwicklung des Politischen Extremismus im Freistaat unnötig ein. Wir  
234 warnen die Landesregierung vor möglichen Absichten, die ausbleibenden Berichts-  
235 zeiträume mit Pseudo-Analysen einer sogenannten Informations- und Dokumenta-  
236 tionsstelle für Menschenrechte anzureichern.
- 237       ▪ Die JU Thüringen fordert die Landesregierung auf, sich für bundesweit kompatible  
238 polizeiliche Informations- und Auswertungssysteme einzusetzen. Es ist nicht hin-  
239 nehmbar, wenn fünf Jahre nach dem Aufdecken der NSU-Verbrechen die Polizeibe-  
240 hörden kein gemeinsam standardisiertes Informationssystem besitzen und auf ei-  
241 gene IT-Systeme oder Sonderlösungen zurückgreifen. Die Polizeibehörden in Ham-  
242 burg, Baden-Württemberg oder Thüringen müssen unter Berücksichtigung des Da-  
243 tenschutzes über die identischen Möglichkeiten einer raschen Informationsabfrage  
244 ohne bürokratische Umwege zurückgreifen können. Die Bemühungen zur Schaffung  
245 eines länderübergreifend vernetzten Datenverbundes müssen daher deutlich be-  
246 schleunigt werden!

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 247
- 248
- 249
- 250
- 251
- 252
- 253
- 254
- 255
- 256
- 257
- 258
- 259
- 260
- 261
- 262
- 263
- 264
- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- Für einen wirksamen Kampf gegen das Erstarren islamistischer oder salafistischer Ideologie müssen Bund und Länder ihre Bemühungen für ein bundesweites Präventionsnetzwerk, das aus den zuständigen Sicherheitsbehörden, den regionalen Partnerorganisationen zur Extremismusprävention, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besteht verstärken. Die derzeitigen Angebote und das vorhandene Kompetenznetz an Ansprechpartnern in Thüringen werden der leider wachsenden Popularität islamistischer Propaganda und Anwerbeversuche für junge Menschen, die einfache Antworten auf Sorgen oder persönliche Lebensumstände suchen, nicht gerecht. Nach dem Vorbild vorhandener Präventions- und Aussteigerangebote im Bereich des Rechtsextremismus sollte in Thüringen ein Kompetenzzentrum Islamismus eingerichtet werden. Diese Struktur würde dem realen Bedrohungspotential von Extremismus eher gerecht werden als eine überflüssige Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte. Ein vergleichbares Präventionsnetzwerk mit Aussteigerprogrammen ist in Thüringen erforderlich, da auch entsprechende Ausreisen von jungen Thüringerinnen und Thüringern in die Krisenregion Syrien / Irak erfolgt sind bzw. weitere Radikalisierungstendenzen nicht ausgeschlossen werden können.
  - Deutschland ist Ziel terroristischer Attacken. Diese werden auch von Menschen verübt, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind. In Zeiten hoher Flüchtlingszahlen wurden viele Neuankömmlinge nicht oder nur unzureichend überprüft. Die Erfahrungen der letzten Monate haben schmerzhaft deutlich gemacht, wie wichtig eine solche intensive Überprüfung ist. Wir müssen wissen, wer im Land ist. Wir sind überzeugt davon, dass die übergroße Mehrheit der Geflüchteten die schrecklichen Taten klar ablehnt und alles dafür tun würde um solche Taten zu unterbinden. Daher ist eine solche Überprüfung auch im Sinne derjenigen, die zu uns gekommen sind, um Schutz vor Islamistischen Terror zu finden. Daher sprechen wir uns für eine Überprüfung aller hier gemeldeten Menschen mit Aufenthaltsgestattung oder Anerkanntem Asylstatus aus.
  - Die JU Thüringen fordert, dass in den Bundes- und Länderprogrammen für Demokratieförderung und Extremismusprävention auch Projekte gegen Linksextremismus weiterhin gefördert und nicht ausgeklammert werden! Das ersatzlose Streichen des Sonderprogramms gegen Linksextremismus im Bundesprogramm „Demokratie leben! – Aktiv gehen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit.“ leistet

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



279 einem weiteren Anstieg linksextremer Straftaten ansonsten Vorschub. Wer wie SPD-  
280 Bundesministerin Schwesig Linksextremismus als ein „aufgebauschtes Problem“ be-  
281 zeichnet, ignoriert vollkommen die real existierende Gewaltbereitschaft von Links-  
282 extremisten, die sich insbesondere in Gewalt gegen Polizisten, friedlicher Demonst-  
283 ranten oder Andersdenkender niederschlägt.

- 284 ■ Auch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit  
285 ist an dieser Stelle mehr als verbesserungswürdig. Wenn die rot-rot-grüne Landesre-  
286 gierung Fahrtkosten zu Gegendemonstrationen rechtsextremer Aufmärsche aus  
287 Mitteln des Landesprogramms fördert ist das nach Auffassung der JU Thüringen ein  
288 bedenklicher Demokratieansatz. Mittel des Landesprogramms sollten ausschließlich  
289 für Projekte neutraler Träger eingesetzt werden und keinen linken Demonstrations-  
290 tourismus subventionieren. Die Neutralitätspflicht des Staates sehen wir hier in Ge-  
291 fahr. Das Bildungsministerium ist nicht das Reisebüro bzw. eine Reiskostenstelle für  
292 linke Gegendemonstranten.

### 293 **Thüringen hält Spitzenplatz bei der Aufklärungsquote!**

294 Thüringen nimmt auch im Jahr 2015 unter allen Bundesländern einen Spitzenplatz bei der  
295 jährlichen Aufklärungsquote von Straftaten mit 64,3 Prozent hinter Bayern (72,5 Prozent)  
296 ein. Das Risiko in Thüringen, Opfer einer Straftat zu werden, ist im Vergleich zu anderen  
297 Bundesländern gering. Umgekehrt das Risiko für Straftäter, gefasst zu werden, dagegen  
298 sehr hoch.

299 So erfreulich der allgemeine Rückgang von Straftaten einschließlich der Zahlen von Gewalt-  
300 kriminalität in Thüringen entgegen des Bundestrends ist, so besorgniserregend ist die Kri-  
301 minalitätsentwicklung in bestimmten Deliktsbereichen. Diebstähle, besonders Wohnungs-  
302 einbrüche, Wirtschaftskriminalität, politisch motivierte Straftaten im rechten und linken  
303 Spektrum sowie Angriffe auf Einsatzkräfte haben im Jahr 2015 erheblich zugenommen. Be-  
304 sonders erschreckend ist: Im Jahr 2015 hat sich die Zahl der Angriffe gegen bestehende,  
305 geplante oder vermutete Flüchtlings- und Asylunterkünfte in Deutschland nahezu verfünf-  
306 facht. Dieser Trend gehört leider auch in Thüringen zur traurigen Realität.

307

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



308 Die allgemeine Kriminalitätsentwicklung zeigt: Thüringen, als eines der weitgehend sichers-  
309 ten Bundesländer, ist keine isolierte Insel, sondern gleichermaßen von aktuellen Kriminali-  
310 tätsphänomen betroffen. Eine gut aufgestellte Thüringer Polizei ist die Rückversicherung  
311 aller Bürgerinnen und Bürger für ein sicheres Leben im Freistaat.

312 Allen Polizeibeamten gebührt daher ausdrücklich Dank und Anerkennung für ihren tägli-  
313 chen Einsatz unter schwierigen Bedingungen zum Wohle der hier lebenden Menschen.

314

### 315 **Wohnungseinbruch-, Cyber- und Drogenkriminalität entschieden bekämpfen!**

316 Der Schutz vor Kriminalität und der Wunsch nach individueller Sicherheit zählen zu den  
317 wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen. Sicherheit ist darüber hinaus auch für die  
318 Attraktivität einer Kommune von Bedeutung und ein wesentlicher Standortfaktor für die  
319 Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Die konsequente und wirksame Verfolgung von  
320 Straftaten sowohl der Alltagskriminalität als auch organisierter Kriminalität gehört daher zu  
321 den ständigen Aufgaben der Polizei. Ein wesentliches Ziel dabei ist es, Kriminalität insge-  
322 samt zu senken und somit insbesondere die Gefahr für Menschen, Opfer von Straftaten zu  
323 werden, zu mindern. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Schutz vor Straf-  
324 taten gehören für die Union zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung.

325 Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 für Deutschland und Thüringen  
326 offenbaren die zentralen Herausforderungen im Bereich der Organisierten Kriminalität, be-  
327 sonders Wohnungseinbrüche, Wirtschaftsdelikte, Internetstraftaten sowie zunehmend  
328 Rauschgiftvergehen.

329

- 330     ▪ Die JU Thüringen fordert ein entschlossenes Vorgehen gegen organisierte Banden-  
331 kriminalität bei Einbruchsdelikten. Die hohe Anzahl an Wohnungseinbrüchen in  
332 Deutschland und die historisch niedrige Aufklärungsquote sind länderübergreifend  
333 ein Alarmsignal! Einbrüche gehen häufig auf das Konto grenzüberschreitend agie-  
334 render Banden. Die Aufklärungsquoten liegen deutlich unter dem Niveau der allge-  
335 meinen Kriminalität. Die Junge Union Thüringen fordert deshalb, die Ermittlungsbe-  
336 hörden finanziell und personell besser auszustatten, damit eine effektive und  
337 schnelle Strafverfolgung gewährleistet ist. Einbrüche führen nicht nur zu materiellen

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 338 Schäden, sondern häufig zu einer Traumatisierung der Opfer. Wer einmal Opfer eines  
339 Einbruchs geworden ist, fühlt sich häufig in den eigenen vier Wänden nicht mehr  
340 sicher.
- 341 ■ Bundes- und Länderpolizei sollten eine Verbunddatei mit Erkenntnissen zu Intensiv-  
342 tätern bei Einbrüchen bzw. grenzüberschreitender organisierter Kriminalität auf-  
343 bauen und sich unter dem Dach von Europol europaweit vernetzen.
  - 344 ■ Nach dem Vorbild eines Kooperationsverbundes von Bayern, Baden-Württemberg,  
345 Hessen und Rheinland-Pfalz sollte Thüringen die neuen Bundesländer zum Abschluss  
346 einer Kooperationsvereinbarung gegen Wohnungseinbruchskriminalität anregen!  
347 Schnellerer und besserer Informationsaustausch, eine stärkere gemeinsame Täter-  
348 fahndung sowie eine noch intensivere Zusammenarbeit bei konkreten Ermittlungs-  
349 verfahren und in der Prävention könnten dadurch abgestimmt werden.
  - 350 ■ Die Polizei sollte auch bei Wohnungseinbrüchen Daten von Telekommunikationsun-  
351 ternehmen stärker als bisher abfragen und für einen Zeitraum von mindestens 6 Mo-  
352 naten speichern können. Funkzellenabfragen sind grundsätzlich bei Straftaten von  
353 "erheblicher Bedeutung" erlaubt. Ohne anonyme Funkzellenabfragen könnten nach  
354 Überzeugung der JU und von Kriminalisten eher noch weniger Täter ermittelt wer-  
355 den. Die geringen Aufklärungsquoten bei Einbrüchen könnten dadurch steigen.
  - 356 ■ Neben gesetzlichen und technischen Maßnahmen fordern wir eine Aufstockung für  
357 bestehende Förderprogramme zur Umsetzung einbruchshemmender Maßnahmen in  
358 Privathaushalten. Eigensicherung bleibt weiterhin die beste Sicherheitsvorsorge vor  
359 Einbrüchen. Für die JU Thüringen sollten allerdings Investitionen in die Sicherheits-  
360 ausstattung von Wohnungen und Häusern ausschließlich auf freiwilliger Basis erfol-  
361 gen. Gesetzesänderungen, die die Bürgerinnen und Bürger verbindlich zur Anschaf-  
362 fung bestimmter Sicherheitstechnik verpflichten, lehnen wir ab! Dagegen sollte die  
363 Polizeiberatung regional ausgeweitet werden, um die Bürgerinnen und Bürger ent-  
364 sprechend zu sensibilisieren.
  - 365 ■ Im Landeskriminalamt sollte der Aufbau der Cyberkriminalitäts-Abteilung so schnell  
366 wie möglich abgeschlossen und durch zusätzliche Neueinstellungen vergrößert wer-  
367 den. Das Phänomen der Cyberkriminalität nimmt in der polizeilichen Aufgabenwahr-  
368 nehmung und in der Arbeit der Justizbehörden eine immer größere Rolle ein. Ange-

## Beschluss #1 - Leitantrag

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 369           sichts aufwändiger Ermittlungen – oft mit Auslandsbezug – sowie der Vielschichtig-  
370           keit und Komplexität der Erscheinungsformen und einer zunehmenden Flexibilität,  
371           wie auch Professionalisierung der Täter müssen die Strafverfolgungsbehörden nicht  
372           nur technisch, sondern auch personell so aufgestellt sein, dass sie ihren Aufgaben  
373           nachkommen können.
- 374           ▪ Die JU Thüringen fordert die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für  
375           Cyber- und Internetkriminalität. Auch im Bereich der Justiz setzt die Bearbeitung von  
376           Fällen aus dem Bereich der Cyberkriminalität häufig einen hohen Spezialisierungs-  
377           grad voraus und verlangt den Strafverfolgungsbehörden besondere Kenntnisse und  
378           Strategien ab. Durch die Bündelung von fachkundigem Personal könnten Verfahren  
379           als Schwerpunktangelegenheiten schneller bearbeitet werden.
  - 380           ▪ Mit Sorge betrachtet die JU den steigenden Konsum von Rauschgift und besonders  
381           der gefährlichen Suchtdroge Crystal Meth durch junge Menschen im Freistaat. Die  
382           nahe Grenzlage und vermeintliche Herkunft aus der Tschechischen Republik ver-  
383           langt eine länderübergreifende Sicherheitskooperation der deutschen Sicherheits-  
384           behörden sowie abgestimmte Einsatzmaßnahmen.

---

# 1 **Für eine leistungsstarke Feuerwehr im Freistaat**

## 2 **Thüringen muss Vorbild sein im freiwilligen Engagement**

3 Einen wesentlichen Anteil der Aufgaben von Behörden und Organisationen mit Sicherheits-  
4 aufgaben (BOS) erbringen freiwillige Mitglieder im Ehrenamt. Die Feuerwehren, die Bereit-  
5 schaften des Deutschen Roten Kreuzes, das Technische Hilfswerk und viele weitere freiwillige  
6 Einsatzkräfte stellen Deutschlands sicherheitspolitische Rückversicherung im Inland  
7 dar. Besonders in Brand- und Katastrophenfällen ist deren Arbeit unschätzbar wertvoll. Frei-  
8 willige Einsatzkräfte leisten ihren Dienst aus vollster innerer Überzeugung heraus für die  
9 Gesellschaft eine unerlässliche Sicherheitsvorsorge zu erbringen.

10 Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, deren Arbeit aktiv zu unterstützen, zu ver-  
11 einfachen und weiter zu fördern. Hierzu müssen diese in aller Regel kommunalen Sicher-  
12 heitsaufgaben vom Land besser unterstützt werden. Dazu gehören mehrere Punkte:

- 13  
14 ■ Die größte Herausforderung für Feuerwehren, gerade in der Fläche, ist die Finanzierung  
15 ihrer Arbeit im Rahmen der kommunalen Finanzmöglichkeiten. Viele Feuerwehren sind  
16 chronisch unterfinanziert, vor allem bedingt durch immer neue Forderungen nach Aus-  
17 rüstung vonseiten der Unfallversicherer. Richtig ist, dass bessere Schutzstandards sehr  
18 wichtig für die Arbeit der freiwilligen Einsatzkräfte sind, jedoch dazu die erforderlichen  
19 finanziellen Mittel aufgewendet werden müssen. Sicherheit ist eine Aufgabe für alle Ge-  
20 nerationen und nicht zum Nulltarif zu haben! Die Junge Union Thüringen fordert daher  
21 eine umfassende und zeitnahe Evaluierung der mangelhaften Finanzsituation der Thü-  
22 ringer Feuerwehren. Bei Unterfinanzierung müssen im Rahmen der kommunalen Leis-  
23 tungsfähigkeit pragmatische Lösungen gefunden werden, um die Tätigkeit der Wehren  
24 sinnvoll weiterführen zu können. Eine Unterfinanzierung sollte möglichst zu keiner  
25 Schließung oder Schlechterstellung der Wehrstruktur im Freistaat führen.
- 26 ■ Die Mitglieder- und Nachwuchsgewinnung bei den BOS-Diensten muss oberste Prä-  
27 misse sein. Jede Statistik belegt einen konstanten Mitgliederschwund bei Feuerwehren  
28 und Einsatzdiensten. Bei fortschreitender Entwicklung wird eine deutlich reduzierte

## Beschluss #2

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 29 Leistungsfähigkeit des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Zivilschutzes spür-  
30 bar werden. Hinsichtlich der wichtigen Aufgaben und Teilhabefunktionen dieser Orga-  
31 nisationen ist dies ein nicht tragbarer Zustand. Die Junge Union Thüringen setzt sich für  
32 ein landesweites Programm zur Steigerung der Attraktivität des freiwilligen Engage-  
33 ments in Einsatz- und Rettungsorganisationen ein. Die sog. „Feuerwehrrente“ ist bereits  
34 ein guter Ansatz, dieser muss jedoch weiterentwickelt werden. Die ehrenamtliche Mit-  
35 arbeit bei BOS-Diensten muss aus Überzeugung erfolgen, was eine breite gesellschaftli-  
36 che Anerkennung der Arbeit freiwillige Einsatzkräfte voraussetzt und das notwendige  
37 Maß an Rechtssicherheit im Einsatz. Besonders Angriffe gegen freiwillige Helfer müssen  
38 mit breiter gesellschaftlicher Ablehnung beantwortet werden!
- 39 ■ Die Junge Union Thüringen begrüßt den Ansatz einer „Pendlerfeuerwehr“, bei dem  
40 Pendler am Arbeitsort als freiwillige Einsatzkräfte eingesetzt werden. Diese Möglichkeit  
41 sollte vonseiten der Wehren, aber auch vonseiten des Landes, mehr kommuniziert wer-  
42 den. Darüber hinaus sprechen wir uns für ein Förderprogramm speziell zum Werben von  
43 weiblichen Mitgliedern in BOS-Diensten aus.
  - 44 ■ Für eine funktionierende Nachwuchsgewinnung im Einsatzbereich der BOS-Dienste ist  
45 eine gute Jugendarbeit die nachhaltigste Säule für die Zukunft von Feuerwehren, DRK-  
46 Bereitschaften und Einsatzdiensten. Die Junge Union Thüringen fordert daher eine Eva-  
47 luation der Situation von Jugendorganisationen und kritische Betrachtung bestehender  
48 Probleme. Auch hier müssen pragmatische Lösungen zum Wohle der Weiterentwicklung  
49 des ehrenamtlichen Engagements gefunden werden.
  - 50 ■ Freiwillige Feuerwehren wurden ursprünglich aus der Idee der Nachbarschaftshilfe in  
51 dörflichen Gemeinschaften bei Bränden, Unglücksfällen und öffentlichem Notstand ge-  
52 boren, daher spielt die Feuerwehr eine herausragende Rolle für den Zusammenhalt von  
53 Kommunen und Gesellschaft besonders in kleineren Gemeinden. Durch die Pläne der  
54 Landesregierung zu einer Gebietsreform sind viele kleinere Feuerwehren in ihrer Exis-  
55 tenz bedroht. Vielen Orten würde fortan ein wichtiger Orientierungspunkt im gemeind-  
56 lichen Leben fehlen. Daher fordert die Junge Union Thüringen eine Standortgarantie, im  
57 Zweifelsfall finanziert durch den Freistaat Thüringen, für Feuerwehren und andere BOS-  
58 Dienste von Kommunen, die im Rahmen der rot-rot-grünen Gesetzgebung mit anderen  
59 Orten „zwangsvereint“ werden.

## Beschluss #2

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



- 60   ▪ Die psychische und körperliche Belastung bei der freiwilligen Arbeit wird immer höher.  
61   Verstärkt wird dieser Trend zusätzlich durch die sinkende Akzeptanz ehrenamtlicher Ar-  
62   beit bei Arbeitgebern, andererseits wegen der gestiegenen Anforderungen und zuneh-  
63   menden Aufgabenlast gegenüber Feuerwehren. Der klassische Brandeinsatz ist heute  
64   nicht mehr der Regelfall, zunehmend bestimmt die technische Hilfe den Einsatzalltag  
65   von Wehren. Neue Einsatzbelastungen in Form von erheblich psychischen und emotio-  
66   nalen Begleiterscheinungen nach Unfallereignissen sind die Folge. Unter diesem Ge-  
67   sichtspunkt spricht sich die Junge Union Thüringen für ein landesweites Informations-  
68   programm der Unfallkassen aus, um die Einsatzkräfte über die Behandlung möglicher  
69   psychisch-emotionaler Belastungen und Folgen aufzuklären. Eine psychologische Be-  
70   treuung von Einsatzkräften darf nicht länger als persönliches Scheitern oder Stigma ver-  
71   standen werden, viel mehr muss es als alltägliches Einsatzrisiko von Rettungskräften zu  
72   deren Unterstützung anerkannt werden.
- 73   ▪ Feuerwehren ohne motivierte und engagierte Wehrführer sind nicht existenzfähig. Ins-  
74   besondere dürfen Führungskräfte nicht mit unnötig bürokratischen Hürden in ihrem eh-  
75   renamtlichen Dienst eingeschränkt werden. Notwendige Fortbildungsmaßnahmen müs-  
76   sen unbürokratisch abgeleistet werden können, ohne berufliche Nachteile befürchten  
77   zu müssen. Eine Informationskampagne gegenüber den Arbeitgeberverbänden könnte  
78   hier eine geeignete Kommunikationsplattform bilden. Gleichzeitig sollten erfolgreiche  
79   Qualifizierungen und Ausbildungsmaßnahmen ehrenamtlich neben dem Beruf tätiger  
80   Kameraden dem jeweiligen Arbeitgeber durch die zuständige Behörde rechtzeitig ange-  
81   kündigt werden. So sollte insbesondere ein Fortbildungszertifikat der amtlich befugten  
82   Stelle (nach Möglichkeit die oberste Katastrophenschutzbehörde des Landes vertreten  
83   durch den Thüringer Innenminister) dem Ausbildungsersuchen den nötigen Nachdruck  
84   verleihen. Besonders Führungskräften kleinerer Wehren muss die Wehrführung mit ge-  
85   ringerem bürokratischem Aufwand einfacher als bisher ermöglicht werden.

## **Beschluss #3**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



---

1           **Ausbau der Infrastruktur von E-Tankstellen und**  
2   **Ladesäulen**

3     Die Junge Union Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf, den Ausbau der Inf-  
4     rastruktur von E-Tankstellen sowie Ladesäulen mit einheitlichem Standard im gesamten  
5     Freistaat stärker zu fördern und voran zu treiben.

## **Beschluss #4**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

# 1 **Schulsanierungen und sozialen Wohnungsbau fördern**

2 Die Junge Union Thüringen fordert:

- 3 1. Die Mittel für das Schulinvestitions- und das Schulbauförderprogramm im Lan-  
4 deshaushalt sind für den Zeitraum 2018 bis 2019 auf insgesamt 100 Mio. EUR zu  
5 erhöhen.
- 6 2. Ein Thüringer Förderprogramm für den sozialen Wohnungsbau, welches sich an  
7 die wohnungsmarkttechnischen Rahmenbedingungen orientiert.

## Beschluss #5

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



1

## Keine Koalition mit der AfD

2 Die Junge Union Thüringen spricht sich gegen eine Koalition mit der AfD auf allen politi-  
3 schen Ebene aus. Auch mit der Jungen Alternative werden wir keine Zusammenarbeit ein-  
4 gehen.

5

6 Gleichwohl wollen wir mit Argumenten intensiv um so viele Wähler der AfD wie möglich  
7 werben. Dazu werden wir den populistischen Argumentationen der AfD wirkliche inhaltli-  
8 che Alternativen entgegenstellen und die Vorstellungen der AfD als schädlich für unser Land  
9 enttarnen.

## **Beschluss #6**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

1

## **Politische Bildung an Schulen ausbauen**

- 2 Die Junge Union Thüringen fordert mehr politische Bildung im Rahmen des Unterrichts.  
3 Dies soll durch die Erhöhung der Stundenzahl für den Sozialkundeunterricht auf zwei Wo-  
4 chenstunden in den Klassenstufen 9-10 erreicht werden sowie durch das Einführen eines  
5 zweitägigen Planspiels, das jeweils in diesen beiden Schuljahren veranstaltet wird. Das Pro-  
6 jekt sollte sich mit gesellschaftspolitisch relevanten Themen des Lehrplans beschäftigen. In  
7 der zehnten Klasse käme etwa ein Planspiel zum Thema „Europäische Union“ in Betracht.

## **Beschluss #7**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

# 1                    **Beschäftigungsangebot nach Schulabschluss**

2                    Die Junge Union Thüringen setzt sich für einen freiwilligen zwei- bis dreiundzwanzigmona-  
3                    tigen Zivildienst oder Bundesfreiwilligendienst bzw. eine Kombination daraus von Schulab-  
4                    solventen ein. In der Pause zwischen Schulabschluss und Ausbildungsbeginn sollen Jugend-  
5                    liche und junge Erwachsene die Möglichkeit bekommen, diese Zeit sinnvoll zu nutzen. Durch  
6                    Bundesmittel sollen sie dadurch die Möglichkeit haben, Geld zu verdienen.

## **Beschluss #8**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

1

## **Gründerlehrgang für Azubis**

2 Die Junge Union Thüringen bringt sich für das Ausbildungsangebot von Gründerlehre in al-  
3 len dualen Ausbildungsberufen ein. Kenntnisse und Informationen über Chancen und Risi-  
4 ken einer Gründung sowie weiteres Informationsmaterial über Anlaufpunkte sollten mit je-  
5 weils einem Ausbildungstag in der Ausbildung im Rahmen der schulischen Ausbildung an-  
6 geboten werden.



---

1     **Religionsfreiheit respektieren, Glaube als Integrations-**  
2     **hilfe nutzen, öffentlichen Frieden bewahren.**

3     Für die Junge Union Thüringen ist die in Artikel 4 des deutschen Grundgesetzes niederge-  
4     legte Religionsfreiheit ein elementarer Grundpfeiler des Zusammenlebens unserer Gesell-  
5     schaft und nicht verhandelbar. Es ist deshalb unverantwortlich, dass vor allem die AfD die  
6     Axt an diese Grundfesten unseres Staates legt. Wenn die AfD den Erfurter Bürgern vorgau-  
7     kelt, dass eine Moschee mit einem Bürgerantrag zu verhindern sei, will sie nichts Anderes  
8     als unser bewährtes Grundgesetz außer Kraft zu setzen. Denn Grundrechte unterliegen der  
9     Ewigkeitsgarantie und können nicht durch Abstimmungen ausgehebelt werden. Das wäre  
10    nichts Anderes, als wenn wir künftig über Meinungs- oder Pressefreiheit abstimmen.

11  
12    Neben den beiden großen christlichen Kirchen und den erfreulicherweise wieder gewachse-  
13    nen jüdischen Gemeinden in unserem Land sind es aufgrund von Migration und Flucht ver-  
14    stärkt muslimische Gemeinden und Glaubensgruppen, welche das religiöse Leben ihrer Mit-  
15    glieder durch seelsorgerische Betreuung, Gottesdienste und weitere gemeinsame Aktivitä-  
16    ten lebendig gestalten wollen. Als Christdemokraten stehen wir auch für die Grundwerte  
17    Nächstenliebe und Toleranz. Deswegen lehnen wir Pauschalurteile über Muslime oder den  
18    Islam ab. Wir wollen friedlich, partnerschaftlich und im Dialog auf der Basis gemeinsamer  
19    durch das Grundgesetz definierter Werte mit unseren neuen Nachbarn zusammenleben. Zu-  
20    gleich lehnen wir jegliche Form von islamischen Fundamentalismus bzw. Islamismus klar ab.  
21    Wir fordern daher alle islamischen Verbände dazu auf, sich immer wieder von Gewalt, Dis-  
22    kriminierung und Terror im Namen des Islam zu distanzieren. Dies geschieht bislang nur  
23    unzureichend. Die Werte des Grundgesetzes wie Gleichberechtigung der Geschlechter, die  
24    Akzeptanz anderer Religionen oder die Meinungsfreiheit sind ebenso wenig wie die Religi-  
25    onsfreiheit verhandelbar.

26

## Beschluss #10

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016



27 Ein wehrhafter Rechtsstaat muss entschieden gegen jede Form von Hass, Gewalt und Men-  
28 schenfeindlichkeit vorgehen. Wenn es innerhalb muslimischer Gemeinden hier Verfehlun-  
29 gen gibt, stehen wir dafür ein, dass diese genauso hart bestraft werden, wie jede Form von  
30 Gewalt und Diskriminierung gegen Andersgläubige oder -denkende.

31

32 Ein wesentlicher Aspekt der Religionsfreiheit, ist die Möglichkeit Gebetshäuser zu errich-  
33 ten. Hierzu gehören auch Moscheen als Orte zum Ausleben des islamischen Glaubens.

34

35 Es ist uns als kommunal verwurzelter Jugendverband bewusst, dass der Bau von islamischen  
36 Gotteshäusern in unserem Land nicht überall auf Gegenliebe stößt. Bei vielen Menschen  
37 führt der Bau von Moscheen und Gebetshäusern in der Nachbarschaft zu einem Gefühl von  
38 Unbehagen. Wir verstehen und respektieren die Fragen und Ängste vieler Menschen in un-  
39 serem Land. Deswegen müssen die betroffenen Anwohner seitens der Behörden so früh und  
40 umfassend wie möglich informiert werden. Viel Aufregung hätte so in Erfurt-Marbach ver-  
41 hindert werden können.

42 Wir sprechen uns dafür aus, dass die muslimischen Gemeinden als Zeichen des Aufeinander  
43 Zugehens, intensiv über den Verzicht von Minaretten bei Moscheeneubauten nachdenken.  
44 Zwar gehören Minarette traditionell zu Moscheen, sind aber aus religiösen Gründen nicht  
45 unbedingt notwendig.

46

47 Bedauerlicherweise gibt es unter den islamischen Gemeinden und Verbänden in Deutsch-  
48 land Vertreter, die Moscheen und Gebetshäuser für politisch-religiöse Indoktrination durch  
49 Drittstaaten und schlimmstenfalls zum Aufhetzen der Gläubigen durch sog. „Hasspredig-  
50 ten“ nutzen. Für die Junge Union Thüringen ist klar, dass ein solcher Missbrauch von religi-  
51 ösen Stätten nicht hinnehmbar ist und durch die angesprochenen Fälle die überwiegende  
52 Mehrzahl der friedlichen Muslime diskreditiert wird. Wir fordern im Sinne der Integration  
53 und der Begegnung anzustreben, dass in Moscheen auf Deutsch gepredigt wird.

## Beschluss #11

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

# Neunte Änderung der Satzung der Jungen Union Thüringen

Der Landestag der Jungen Union Thüringen hat aufgrund von § 9 Absatz 3 Buchstabe c und § 38 Absatz 1 der Satzung der Jungen Union Thüringen vom 29.09.1992, Neufassung am 18.04.2004, zuletzt geändert am 17.09.2012, folgende Änderungssatzung beschlossen:

## Artikel 1

a) Ergänzung in § 10 Stimmrecht, (Abs. 1), zwischen Satz 2 und Satz 3:

*...einen weiteren Delegierten. Zur Berechnung wird dabei die Mitgliederzahl des Kreisverbandes am letzten Tag des 2. Monats vor dem Landestag zu Grunde gelegt. Die SU und ...*

b) Streiche § 39 Schlussbestimmungen.

c) Neufassung § 39:

*(1) Die Satzungen der nachgeordneten Verbände dürfen den Bestimmungen dieser Satzung nicht widersprechen.*

*(2) In Angelegenheiten, für in dieser Satzung keine Regelungen getroffen worden sind, finden das Satzungsrecht des JU Bundesverbandes sowie die Statuten der CDU, in der genannten Reihenfolge Anwendung.*

*(3) Die Satzung und Satzungsänderungen treten mit Ende des beschließenden Landestages in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Satzung verliert die vorherige Satzung der JU Thüringen ihre Gültigkeit.*

## Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt am 05. September 2016 in Kraft.

## **Beschluss #12**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

# 1 **Bessere psychologische Betreuung der Einsatzkräfte** 2 **in Thüringen**

3 Die Junge Union Thüringen fordert den Ausbau sowie die Vereinheitlichung der psychologi-  
4 schen Betreuung der Beamtinnen und Beamten sowie der Angestellten im Polizei-, Justiz-  
5 und im Feuerwehrdienst.



## **Beschluss #14**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

### **1 Mehr Transparenz im Bürgergutachten zur Gebietsreform**

- 2 Die Junge Union fordert, dass das Thüringer Innenministerium im Rahmen der Möglichkei-  
3 ten der Datenschutzgesetzgebung möglichst viele Daten zu den Bürgergutachtern, die im  
4 Rahmen des Beteiligungsprozesses an der Gebietsreform teilnehmen, in geeigneter Form  
5 veröffentlicht. Die Daten in der Veröffentlichung sollen in besonderem Maße dazu geeignet  
6 sein, das Bürgergutachten hinsichtlich Generationengerechtigkeit und Beteiligung von  
7 ländlich und Städtisch geprägten Regionen in Thüringen zu überprüfen. Zusätzlich wären  
8 anonymisierte Angaben zu möglichen ehrenamtlichen Tätigkeiten der einzelnen Bürger in  
9 besonderem Maße geeignet, die Qualität der Bürgerbeteiligung zu evaluieren.
- 10 Das Bürgergutachten kann keine richtige Bürgerbeteiligung ersetzen und ist und ist in sei-  
11 ner jetzigen Form abzulehnen.

## **Beschluss #15**

29. Landestag der Jungen Union Thüringen  
Nordhausen, 03. und 04. September 2016

---

1

## **Allgemeine Dienstpflicht**

2 Die Junge Union Thüringen spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht  
3 für alle Staatsbürger aus. Im Rahmen der Dienstpflicht sollen alle jungen Frauen und Män-  
4 ner beim der Bundeswehr bzw. im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich einen  
5 „Dienst“ für die Gemeinschaft leisten. Der Dienst sollte eine Dauer von 9 Monaten nicht  
6 überschreiten.